FileNr:41|id:60N5-2H51-JBK9-22VX-00000-00|date:2020-08-22|source:Welt|title:&quot;Wir retten, indem wir Geld drucken&quot;

#######DONT CHANGE THE ABOVE############

Top-Oekonom Hans-Werner Sinn kritisiert die bisherigen EU-Hilfen in der Corona-Krise. So werde die Staatsverschuldung in Europa zum Versteckspiel - mit erheblichen Folgen fuer alle Seit vier Jahren ist Hans-Werner Sinn nicht mehr Praesident des Muenchner ifo-Instituts, doch im oeffentlichen Diskurs ist der Volkswirt praesent wie eh und je. Am Dienstag erst war er Gast in der ZDF-Sendung Lanz - wo er gewohnt streitbar ueber die Strategie der Bundesregierung im Kampf gegen den Klimawandel diskutierte. Mit WELT sprach der 72-Jaehrige ueber die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise in Europa und den gefaehrlichen Weg in die Transferunion.

WELT:Herr Sinn, Sie behaupten in Ihrem neuen Buch Der Corona-Schock , die deutsche Regierung habe mit Blick auf Italien eine historische Chance verpasst. Wer hilft denn Italien in der Corona-Krise mehr als Deutschland, das den groessten Anteil am Wiederaufbaufonds beisteuert?

Hans-Werner Sinn:Italien war von Corona europaweit als erstes betroffen, und gemessen daran hat die Regierung vorbildliches Krisenmanagement geleistet. Dass das Land Hilfe brauchte und auch bekommen musste, steht ausser Zweifel. Ich weiss von vielen Initiativen auf privater Ebene. Auch die deutsche Regierung haette einen substanziellen Beitrag leisten koennen. Sie haette fruehzeitig ein Hilfsprogramm fuer das Land organisieren koennen, mit unilateral bereitgestellten Mitteln.

Was haette das geaendert?

Der Zusammenhalt in der EU war in der Anfangszeit der Krise sehr stark dadurch strapaziert, dass sich in Italien eine massive antideutsche Stimmung aufgebaut hat. Wir haetten dieses Thema fruehzeitig abfangen koennen durch Aktionen zugunsten der Italiener - auf freiwilliger Basis. Fuer Solidaritaet muss man sich nicht koordinieren, und wir brauchen doch nicht die EU, um mit unserem Geld unseren Nachbarn zu helfen.

Was stoert Sie so an den EU-Hilfen?

Zum einen kritisiere ich, dass die EU als Kreditnehmer auftritt, was eigentlich ein Verstoss gegen Artikel 311 der Vertraege ueber die Arbeitsweise der EU ist. Damit mag man dank der Einstimmigkeit der Entscheidung juristisch noch leben koennen. Mit diesem Rettungspaket wird aber ein Leistungsmechanismus etabliert, bei dem die EU darueber bestimmt, wer das Geld bekommt, und in dem die Laender nach festen Quoten haften muessen, vielleicht sogar gesamtschuldnerisch.

Was folgt daraus?

Wir haben jetzt quasi ein Transfersystem eingerichtet, das sich verselbstaendigen wird und das auf Dauer dazu fuehrt, dass sich ein einzelnes Land gar nicht mehr wehren kann. Vom Wiederaufbaufonds redet doch schon keiner mehr. Wer bekommt pro Kopf das meiste Geld daraus? Griechenland und Bulgarien, wo das Virus praktisch nicht aufgetreten ist. Ein zweiter Aspekt des Paktes, der mich stoert, ist, dass die Staatsverschuldung - die jetzt ueber Bruessel organisiert wird - zu einer Versteckaktion geraet.

Das muessen Sie erklaeren.

Die einzelnen Staaten muessen sich bei Staatsverschuldung und Haushaltsdefizit an die in den Maastricht-Kriterien festgelegten Grenzwerte halten. Diese Anforderungen koennen jetzt bequem unterlaufen werden, indem man die Verschuldung fuer den Recovery Fund auf die EU-Ebene hebt. Aber die Laender haften wie bei einer eigenen Verschuldung. Ein dritter Aspekt ist besonders kritikwuerdig. Er besteht darin, dass die EZB offenbar vorhat, die Schuldpapiere der EU zu kaufen. Es ist ja kein Zufall, dass das Kaufprogramm PEPP dasselbe Volumen hat wie der Wiederaufbaufonds, naemlich 750 Milliarden Euro Wir retten also, indem wir Geld drucken. Das ist fuer die regierenden Politiker aller Laender eine bequeme Loesung - die allerdings die Geldwertstabilitaet gefaehrdet und die kleinen Vermoegensbesitzer zu schaedigen droht, die ihr Vermoegen nicht real, sondern nominalwertgesichert angelegt haben.

Die Kaufprogramme laufen ja schon lange, ohne dass die Inflation nennenswert angezogen waere

Unmittelbar ist diese Gefahr auch nicht gegeben. Die EZB hat ueber die vergangenen zehn Jahre nach meinen Schaetzungen einen Geldueberhang von vier Billionen Euro geschaffen. Dieses Geld wird gehortet, es wird weder ausgegeben noch weiterverliehen, weil die Wirtschaft sich in einer sogenannten Liquiditaetsfalle befindet. Deshalb kam es auch bisher zu keiner Inflation. Das kann sich allerdings irgendwann einmal sehr ploetzlich aendern. Nehmen wir an, die Corona-Krise ist vorbei, die Wirtschaft erholt sich, die Oelpreise steigen - das kann eine Kosten-Preis-Spirale in Gang setzen.

Welche Optionen haette dann die EZB?

Sie muesste bremsen, indem sie den Geldueberhang wieder reduziert. Das ginge aber nur, indem sie die Staatspapiere, die sie auf ihre Buecher genommen hat, verkauft. Das wuerde die Kurse unter Druck setzen. Die Geschaeftsbanken, die ja aehnliche Papiere haben, muessten Verluste schreiben. Es kaeme zum Bankensterben.

Und fallende Anleihekurse bedeuten steigende Renditen.

Genau, und damit gerieten auch viele ueberschuldete Staaten ins Trudeln, die ihren Schuldendienst auf dem jetzigen niedrigen Zinsniveau so gerade noch leisten koennen. Die EZB kann und wird den Rueckwaertsgang also schon aus politischen Gruenden nicht einlegen, jedenfalls nicht im notwendigen Umfang.

Und dann?

wird sie argumentieren, etwas mehr Inflation sei ja nicht schlimm, wir haetten ja auch Jahre mit einer Rate von unter zwei Prozent gehabt, dann koennten wir jetzt auch ein paar Jahre oberhalb dieser Rate verkraften. Die EZB hat ja schon vor der Corona-Krise die Idee vom symmetrischen Inflationsziel in die Debatte eingebracht, mit der sie sich in dieser Frage die noetige Beinfreiheit verschaffen will.Will man eine Transferunion auf europaeischer Ebene durchsetzen, wird man die Menschen mitnehmen muessen. Wer in den Nettogeberlaendern soll aber verstehen und ueberzeugt bejahen, dass er mit seinem Geld fuer andere Staaten aufkommt, solange nicht die gleichen Regelungen etwa bei Renteneintrittsalter und -hoehe, der Belastung durch Steuern und Abgaben, Effektivitaet der Finanzbehoerden und anderen Punkten herrschen? Das laesst sich alles nicht umsetzen, insofern kann man eine Transferunion der Bevoelkerung eigentlich nicht verkaufen. Es geht auch deshalb nicht, weil 40 Prozent der Bevoelkerung in der Eurozone in wirtschaftlich nicht mehr funktionierenden Staaten leben. Und die uebrigen 60 Prozent koennen diese nicht mitfinanzieren, das geht nicht. Rechne ich auch Frankreich zu den nicht mehr funktionierenden Laendern, dann muessen 40 Prozent 60 Prozent mitfinanzieren.

Aber immerhin haetten in einer Schuldenunion die schwaecheren Laender Zugang zu guenstigen Krediten, mit deren Hilfe sie Investitionen anschieben koennten, die dann doch zu mehr Wachstum fuehrten. Letztlich kann doch Europa nur gemeinsam stark genug sein fuer den globalen Wettbewerb.Klar ist der Zugang zu guenstigen Krediten fuer die schwaecheren Laender positiv, fuer die staerkeren ist er allerdings schaedlich, denn das Kapital ist ja nur einmal da. Per saldo senkt die Umlenkung des Kapitals durch eine kuenstliche Senkung von Zinsen fuer einzelne Laender das gemeinsame Sozialprodukt.

Warum?

Der Kapitalmarkt teilt das ueber Generationen muehsam akkumulierte Sparkapital auf alternative, rivalisierende Verwendungen auf, und zwar so, dass das gemeinsame Sozialprodukt maximiert wird. Hinter jedem Vermoegen steht ein Eigentuemer, der schlaflose Naechte hat bei der Vorstellung, er koenne sein Geld verlieren. Aus der Sorgfalt des Eigners entsteht die Effizienz des kapitalistischen Systems. Wird das Kapital einem Sektor entzogen und fliesst es in einen anderen, dann schrumpft der erste und waechst der zweite Sektor. Die optimale Aufteilung, die der Kapitalmarkt herbeifuehrt, hat historisch die gewaltige Entwicklung der Produktivkraefte der Wirtschaft und das entsprechende Wachstum hervorgerufen. Wenn man diesen Prozess stoert, indem man Kapital aus politischen Gruenden anders lenkt, als es sich durch die Eigentuemer verteilt haette, entstehen Wachstumsverluste.Gilt das auch fuer die gruene Agenda, mit der die Wirtschaft auf Klimaneutralitaet getrimmt werden soll?In der Tat. Wenn die EZB Geschaeftsbanken jetzt nach oekologischen Kriterien Geld leihen will, die das Geld an Kunden mit aehnlichen Vorstellungen weiterreichen, dann resultieren auch daraus unmittelbare Wachstumsverluste. Natuerlich muss man Umweltpolitik machen, aber nicht so, sondern durch einen europaweiten Emissionshandel, der saemtliche Sektoren der Wirtschaft inklusive des Verkehrs und der privaten Haushalte erfasst. Zu bedenken ist bei allem jedoch, dass unilaterale Massnahmen der Europaeer verpuffen, wenn die fossilen Brennstoffe, die wir einsparen, woanders hin geliefert werden. Das ist bei der Kohle vermutlich nicht der Fall, definitiv aber beim Erdoel und beim Gas.Was bedeutet das konkret?Die Brennstoffe, die wir in Deutschland und Europa nicht verbrauchen, bleiben ja nicht im Boden. Und alles, was gefoerdert wird, wird irgendwo auf der Welt verbrannt. Warum sollten die Foerderlaender auf diese Einnahmequelle verzichten, wenn sie die ganze Welt als Markt haben? Unser Erdoelverzicht senkt den Weltmarktpreis - und erhoeht so Nachfrage und Verbrauch anderswo. Der Emissionshandel muss also die ganze Welt umfassen. Wenn nur eine Gruppe von Laendern Umweltpolitik macht, waehrend die anderen die freigegebenen Brennstoffe kaufen, funktioniert ueberhaupt keine Klimapolitik, nicht einmal der Emissionshandel.Es entsteht zuweilen der Eindruck, dass der Green Deal, vor allem aber der Wiederaufbaufonds, im gesellschaftlichen Diskurs moralisch ueberhoeht wird, um jede noch so berechtigte und plausible Kritik daran bequem als fortschritts- bzw. europafeindlich diskreditieren zu koennen. Hilft das der Politik?Die Politik arbeitet nicht mit rationalen Argumenten, sondern bedient die Gefuehle der Menschen und moralisiert. Das ist ja ein Kennzeichen der modernen Medienwelt. Es wird immer wichtiger, Kommunikationsprofis zu haben, die in der Lage sind, die Violine der oeffentlichen Wahrnehmung und Verlautbarung so zu spielen, dass moeglichst angenehme Gefuehle bei den Menschen erzeugt werden. In einem Volkswirt straeubt sich alles, wenn Gefuehle und Moral die Politikdebatten dominieren. Die Moral braucht man fuer die Ziele der Politik, den Verstand indes fuer die Instrumente. Und der Verstand sagt, dass alle Muehen vergeblich sind, wenn es nicht gelingt, einen weltweiten Emissionshandel zu etablieren....

Fokus Deutschland

Warnend-Negativ